

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis Merseburg

Das Volksblatt erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Dr. Wäckerle 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 2405, 2407, 2605. Persönliche Anstufungsverteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 Mkt. Auslandspostzusatz 2,10 Mkt., für Abholer mündentlich 0,45 Mkt. Belegpreis 2,10 Mkt., durch Botenboten ausserhalb 2,50 Mkt., bei direkter Einbindung an den Verlag 2,40 Mkt. — Einzelnenpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Rahmen der Postämter. Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wäckerle 6. Fernruf 2405, 2407, 2605. Postfachkonto 20319 Berlin.



Gewerkschaften und Papens „Arbeitsbeschaffung“ Arbeitsminister unter Anklage!

Was der ADGB sagt

Aus dem Bundesbüro des ADGB wird uns zur Frage der Lohnkürzungen geschrieben:
Der Reichsarbeitsminister hat am 24. September in einem Interview Stellung genommen zu dem sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen. Er verteidigt die Auffassung, daß ein Streik der Beschäftigten gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifverträge kollidiere.

Wir haben in aller Deutlichkeit dargelegt, inwieweit unseres Erachtens eine völlig klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, so daß Abwehrebewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze auch die Unterführung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird geteilt von zahlreichen namhaften deutschen Arbeitrechtlern. Wenn der Herr Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht eben Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung, über die zu entscheidende Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit ist. Insofern gibt uns das Interview keine Veranlassung zur Stellungnahme.

Wieder jedoch, wenn der Herr Reichsarbeitsminister vertritt, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit stehenden auszuspielen.

Er sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug verbergt haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verweigern wollen.“ Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslosse wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine Vierstundentage, Angehörige der in der Regierung und bei den Arbeitgebern abwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich. Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leiser werdend von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten.

So haben sie damit dem gesamten deutschen Volke das Beispiel einer gewerkschaftlichen Klassenkollaboration,

einer Solidarität der in Arbeit stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, die sie noch zu keiner Zeit irgendeine Klasse in Deutschland geboten hat. Wogegen sich die Arbeiter wenden, ist, daß nunmehr durch die Notverordnung die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundene Herabsetzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des Tariflohnes führen soll. Ihr Arbeitseinkommen soll von zwei Seiten her befristet werden. Die Arbeiter wissen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung führen muß, um so mehr, als dieser Lohnabbau sich keineswegs auf die Betriebe lokalisiert, die durch Lohnkürzung einen Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter wissen weiter, daß die Durchführung dieses Teiles der Notverordnung den Tarifvertrag auf höchste Gefahr setzt, weil er künftig seine Funktion, eindeutig und klar den Lohnsatz festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verweigern „wegen einer geringen Lohnkürzung“.

Wären alle Bevölkerungskreise zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereit gebracht hat, es hätte besser am Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Wenn die Lohnkürzungen ablehnen, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeiterschicksal überdelt. Der Vorstand des ADGB, hat sofort nach der Antikörperung der Notverordnung durch den Reichstagsler Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, daß die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden. In seiner

Entscheidung heißt es ausdrücklich: „Überdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, den Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es mit der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 Mark für jeden neu eingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte.“

In Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern.“

Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers, daß die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit den von den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen „in unauflöslichem Widerspruch“ stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zusammen mit den Gewerkschaften aller Länder eingetreten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der 40-Stunden-Woche. Dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes lag das Verlangen der italienischen Regierung nach Einberufung einer diesbezüglichen Arbeitskonferenz vor. Der Bericht eines ausländisch von der Erziehung aus, daß zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, sondern daß auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber — und das ist das Entsetzliche — diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne.

Die Abwehrebewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im mindesten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie auf schwerste gefährden könnte, wäre jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, die zur Arbeitszeitverkürzung den Lohnabbau folgt.

Wir streiten nicht darum, inwieweit eine Notwehr vom Tarifvertrag „die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschlößt“. Der kollektive Arbeitsvertrag wird erfüllt durch die Eindeutigkeit, eindeutige Lohnsätze festzusetzen, einmütig, sondern auch, weil die vollkommene Abschließung des Kontraktverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auszuweisen wird, vom Tarifvertrag loszukommen und sei es durch Ausritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind. Verbindlichkeitsverhältnisse sollen nicht mehr ausgeprochen werden, selbst in Fällen, wo es die soziale Lage einer Arbeitergruppe im sozialen Interesse notwendig machen würde. Wie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zur Zeit gehandhabt wird, zeigt eine der jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsministers, die die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Lohnsatzes in der Landwirtschaft abtut, da „der Wochenlohn von 10,20 M. in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint“. Gest in dieser Entscheidung des Reichsarbeitsministers in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zugrunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften „erschüttert“.

Englische Regierungskrise

Rücktritt der liberalen Minister

Der englische König teilt am Donnerstag nach London zurück, um am Freitagvormittag die Rücktrittserklärungen der liberalen Minister entgegenzunehmen. Gleichzeitig wird er die Nachfolger zu ernennen haben.

Der Neubau des Kabinetts ist nicht frei von Schwierigkeiten für den Premierminister, der den überparteilichen Charakter der Regierung wahren möchte. Als Nachfolger Snowden möchte er Lord Allen, den früheren Vorgesetzten der unabhängigen Labour Party, in das Kabinett aufnehmen, eine Wahl, die jedoch den Kontrastieren wenig gefällt. Wahrscheinlich wird im Zuge des Kabinettsumbaus auch ein Wechsel im auswärtigen Amt stattfinden. Sir John Simon, der am Dienstag nach London zurückkehrt, wird möglicherweise das auswärtige Amt, wo er auch nach englischer Meinung eine sehr glänzende Rolle gespielt hat, mit dem Sicherheitsministerium vertauschen, das durch den Wogang von Samuel Ford wird. Als Kandidat für das Außenministerium werden Lord Reading und Lord Lothian genannt.

Noch mehr Arbeitslosigkeit? Politisierte Wirtschaft Kontingente für gutes Wetter

Der Kontingentierung und Jinsensung, auf dem Montag von der Reichsregierung Einzelheiten in einer derartigen Mangelhaftigkeit veröffentlicht worden sind, daß sich die Ursache in der Wirtschaft unbedingt weiter verfolgen muß, ist ein lebenswichtiger Kampf vorausgegangen. Die Gegner der Kontingentierung haben dargelegt, wie sehr die Einfuhrbeschränkung für landwirtschaftliche Waren den deutschen Industrieexport schädigen muß. Sie haben bewiesen, daß der mit Sicherheit zu erwartende Exportausfall neue Millionen von Deutschen arbeitslos machen und die Landwirtschaft zu weiter Kunden verlieren wird, daß die Kontingentierung, selbst wenn sich die unumkehrlichen Hoffnungen der Antarktisereunde erfüllen, der Landwirtschaft niemals helfen kann.

Die Vertreter der Landwirtschaft haben das alles zugucken müssen. Aber sie bekämpfen auf die Erfüllung von Forderungen, die der Kampftammer der nationalsozialistischen Agitation entnommen sind. Den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere den Führern im Reichslandbau, ist der Vorwurf zu machen, daß sie eine rein wirtschaftliche Angelegenheit einzig und allein vom Standpunkt der Kontingentierung und der Furcht vor der nationalsozialistischen Agitation betraffend haben. Die gegenwärtige Reichsregierung trifft der Vorwurf, daß sie denjenigen Fehler für ihr Teil nicht vermeiden hat. Auch sie hat in rein wirtschaftlichen Dingen die Entscheidung aus politischen Rücksichten gefällt. Sie hat das Gewissen gebißt, hinsichtlich der Kontingentierungsforderung der Landwirtschaft Kontingente zu machen, die unter keinen Umständen gemacht werden dürfen. Man hat sich innerhalb der Regierung zweifelsfrei über die bessere Einsicht hinweggesetzt, nur um die bevorstehenden Reichstagswahlen zugunsten der Papen-Regierung zu beeinflussen. Man will durch die Kontingentierung und die Jinsensung auf dem Lande besseres Wetter für die Regierung Papen machen.

Hätten wir ein Parlament, das zu arbeiten verstände und das arbeiten könnte, dann wäre ein Mißbrauch mit wirtschaftlichen Dingen, wie er jetzt betrieben wird, unmöglich. Man hat so viel über das „System“ in der Republik und über die „Systempartei“ geschimpft. Man soll uns nur einen Fall sagen und zeigen, in dem die „Systempartei“ so mit wirtschaftlichen Dingen, mit dem Schicksal unserer Wirtschaft spielen, wie das die Papen-Regierung jetzt tut. Eine derartige Vergeßlichkeit der Wirtschaft wäre bei ihnen unmöglich gewesen. Dafür war und ist ihr Verantwortungsbewußt zu groß. So zeigt sich die Untorechtigkeit der Demokratie und des Parlamentarismus insbesondere in diesen Tagen, wo über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands geradezu gehandelt wird.

Alle Warnungen gegen die Kontingentierung hat die Regierung ungehört verfallen lassen, und der Reichsernährungsminister hat Entscheidungen, die naturgemäß zu handelspolitischen Konflikten führen müssen, mit ein paar Phrasen ab. Was denkt sich dieser Reichsernährungsminister eigentlich, wenn er in seiner Mündern Rede von der „Gebundenheit zur Scholle“, von „Ehre und Freiheit“ und von „Staatsbudgets und Handelsbilanzen“ spricht, die „vortorengehen“, wenn ein Volk das Gefühl besitzt verliert. Wie sollen nicht, was der Zeitere damit in Händen gemeint hat. Eine die industrielle Arbeiterklasse, die in den letzten zwanzig Jahren die Arbeitslosigkeit, die Last des Zusammenbruchs und des Aufbaus getragen hat? Es zeugt gerade nicht von großer Verantwortungsbewußtheit, wenn, wie es der Minister in München getan hat, mit Plätzchen handelspolitische Ereignisse garniert werden, deren Tragweite unabweisbar ist.

Die Regierung Papen nimmt die Bekämpfung, die sich während der letzten Wochen in unserer Wirtschaft ungewöhnlich zeigt, deren tiefe Ursache jedoch in der Weltwirtschaft, in dem Anstieg auf dem großen Weltmarkt liegen, für sich in Anspruch, für ihre Bemühungen, die sogenannte privatwirtschaftliche Initiative in Deutschland zu wecken. Wir können ihr diesen Ruhm. Uns kommt es darauf an, daß es wirklich in der Wirtschaft besser wird und daß die Arbeitslosen verschwinden. Wie muß aber das Stillest der Regierung von Papen auf den deutschen Industrieexport, von dem in Deutschland 10 Millionen Menschen leben, wirken? Es wird auf jeden Fall die Schuld der Regierung Papen sein, wenn durch das Kontingentierungssystem Rückschlüsse in den Wirtschaftsbereichen entstehen.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die Industrie. Der Standpunkt der Industrie in der Kontingentierungsjage war falsch, wackelhaft und wehrlos. Die Industrie hat sich

dem eine Schlacht verloren und mußte gegen die Kapitalisten- und politischen Überlegungen im Schoß der Reichsregierung zurückweichen. Aber sie hat mitgeteilt, daß diese Schlacht verloren sind. Hat sie den großgerarischen Forderungen im Laufe der letzten Jahre nicht immer wieder nachgegeben? Hat die Industrie nicht die Großgerarier zu immer neuen Forderungen ermuntert? Hat sie nicht den Kampf gegen das „System“ finanziert? Ist sie nicht mit dem System Pappus gegen Dief und Dönn gegangen? Jetzt zeigen sich die Folgen!

Wenn aber die Regierung Papen glaubt, sie hätte mit der Konjunkturerklärung gutes Wahlverzei auf dem Lande gemacht und die Kapitalisten aus dem Felde geschlagen, dann sind Zweifel noch am Platze. Der Reichslandbund ist seit Jahren so unglücklich und demagogisch geleitet, daß er immer wieder neue Forderungen ausstellen wird. Sachlichkeit und Verantwortungsbewußtsein sind in den großgerarischen Organisationen unbefannte Dinge geworden und der Reichsernährungsminister wird bald das Schicksal seines Vorgängers Schiele teilen, von dem im Reichslandbund, dessen Präsident er war, sein Hund mehr ein Stief-Bruder annahm, weil Schiele nicht verantwortung konnte, das zu geben, was von ihm geordert wurde.

Der 8. November wird zeigen, was ist. Die unter der Konjunkturerklärung stehen, die Angehörigen, Beamten und Arbeiter, stimmen für die Sozialdemokratie — gegen die Papen-Regierung, gegen die Nazis; denn nur dadurch ist die Gewerbe gegeben, daß das Reich nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft endlich wiedergebirt.

Bracht revidiert sich Landreise durchbrechen sein Diktat

In seiner Rede in Münster kündigte Herr von Papen — großspurig, wie es sich für ein Mitglied des Herrenraths gehört — vor Bracht, auch eine preußische Verwaltungsreform an. Die Reform ist inzwischen verordnet worden. Sie hat so viel Zustimmung und so viel Schwierigkeiten teilhaftig Art hervorgerufen, daß sich die Papen und Bracht wieder einmal gewungen sehen, einen Rückzieher anzutreten. Die Weisheit, von oben herab zu kommen, ist eben nicht das Allheilsmittel. Nur gut, daß die Barone das von Tag zu Tag mehr am eigenen Leibe verspüren. Manchem soll es deshalb schon vor dem schweren Winter grauen.

Die Besonderen Währungsanträge und Kritiken, die den Papen und Bracht in Erwiderung auf ihre Verwaltungsreform zugegangen sind, geben ins Ungeheuerliche. Kein Zweifel, daß es darunter viel Zufälliges gibt, die nachteilig nicht berechtigt sind. Aber es gibt auch ebenso viele, deren Berechtigung nicht einmal die Barone bezweifeln können. Jedenfalls haben sie sich einen Befreier befehlen lassen. Ansolange es sich noch in dieser Woche durch eine neue Notverordnung bestimmt werden, daß ein Teil der bereits für aufgelöst erklärten Landreise nicht aufgelöst wird und zahlreiche durch die chematische Regulierung der Landreise zu beschleunigenden Schwierigkeiten so oder so zu beheben sind. So hofft man auch einer solchen Arbeit eine ganze machen zu können. Halbe Arbeit, weil ihre Fertigstellung unter der Fingertiel, mit der sie im Interesse der Barone zustande kam, leben mußte.

Das Beispiel zeigt, daß auch die Bäume der Barone nicht in den Himmel wachsen. Und erst diesen Winter?

Wirtschaftsprogramm der Junker

Freiherr von Braun verkündet Beschlüsse des Papen-Kabinetts

Der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun hat heute vormittag auf der Tagung des bayerischen Landwirtschaftsvereins in München die vom Kabinett Papen gefassten Beschlüsse über Konjunkturerklärung der Einfuhr und Senkung von Zinsen bekannt gegeben.

Das Kernstück des neuen Regierungsprogramms ist die Konjunkturerklärung jährlicher agrarischer Erzeugnisse. Um diese Konjunkturerklärung hat sich in den letzten Wochen ein erbitterter Kampf in Deutschland abgepielt. Besonders die Organisationen der industriellen Arbeitnehmer sowie sämtliche Verbände und Institutionen der industriellen Unternehmer haben auf das schärfste gegen eine Konjunkturerklärung der Regierung protestiert, deren unangenehme Folge eine Verbilligung der letzten Exportmöglichkeiten Deutschlands sein muß.

Die Regierung hat beschlossen, die Einfuhr folgender agrarischer Produkte zu konjunkturerklären: verschiedene Sorten Gemüse, Obst, Schnittholz und Papierholz, Schlachttiere, Speck, Schmalz, Käse und neben verschiedenen weniger wichtigen Produkten auch Butter. Bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Buttergeschäftes von Dänemark und anderen skandinavischen Ländern nach Deutschland bildete die geplante Beschränkung der Einfuhrerlaubnis auf ein bestimmtes Kontingent selbstverständlich den Angelpunkt der ganzen Konjunkturerklärung. Offenbar haben die Proteste und Warnungen der industriellen Wirtschaftskreise und das sehr ernste Echo aus den betroffenen Ländern die Regierung veranlaßt, hier keine eigenmächtige Konjunkturerklärung vorzunehmen, sondern erst mit den einzelnen Importländern in Verhandlungen zu treten und auf gültigem Wege eine entsprechende Einfuhrregelung durchzusetzen.

Das zweite Kernstück des neuen Regierungsprogramms ist die Zinsenkung. Wie wir bereits anführten, befristet sich die Zinsenkung auf landwirtschaftliche Kapitalguthaben. Die Zinslast für langfristige Hypotheken wird in den nächsten beiden Jahren um 2 Proz. jedoch nicht unter 4 Proz. pro Jahr erleichtert. Diese eingesparten Zinsen sind bei den Tilgungshypotheken erst am Schluß der Tilgungsperiode — ohne Zins und Zinseszins — zu entrichten.

Bei den Hypotheken, die keine Tilgung unterliegen, wird der feststehende Zinssatz um zwei Prozent gleichfalls bei der Rückzahlung des Darlehens gesenkt werden, jedoch nur dann in voller Höhe, wenn die Rückzahlung nach etwa acht Jahren erfolgt. Bei früherer Rückzahlung wird der nachträglich zu zahlende Zinsbetrag nach einer vorgesehnen Stafflung ermäßigt.

Die Zinsen für die Pfandbriefe werden von der Senkung der landwirtschaftlichen Hypothekenzinsen nicht betroffen. Das Reich wird vielmehr den Kreditinstituten, bei denen die agrarischen Hypotheken mehr als 10 Proz. ihrer Deckungsumfange ausmachen, den entsprechenden Ausfall an Zinsausgaben finanzieren.

Eine weitere Zinsenkung erfolgt beim ländlichen Personalkredit. Hierzu soll eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen stattfinden. Bei der „Bereinigung des Wirtschaftskreditwesens“ bei den agrarischen Genossenschaften, also bei ihrer Sanierung, wird sich die Reichsregierung ausnahmsweise beteiligen. Im Zusammenhang hiermit sollen die Pläne über eine Umbildung der Preußentasse durchgeführt werden.

Zugleich ist außer der Regelung der Zinsen und der Konjunkturerklärung ein besonderer verstärkter Vollzugsdruck für landwirtschaftliche Besitzer und Pächter beschlossen worden.

Abwehr des Lohndrucks

Neue Berliner Erfolge

Aus Berlin wird gemeldet:
In der Spinnstofffabrik Jöhndorf ist der Abwehrkampf der Arbeiter gegen den angeführten Lohnabbau auf Grund der Notverordnung erfolgreich beendet worden. Nachdem am Sonnabend die zweite Schicht nicht mehr zur Arbeit erschienen war, hat die Firma den Arbeiterrat zu sich gerufen und sich mit ihm dahin verständigt, daß der Lohndruck wieder zurückgezogen wird und innerhalb 40 Arbeitstagen auf ein bestimmtes Kontingent selbstverständlich den Angelpunkt der ganzen Konjunkturerklärung. Offenbar haben die Proteste und Warnungen der industriellen Wirtschaftskreise und das sehr ernste Echo aus den betroffenen Ländern die Regierung veranlaßt, hier keine eigenmächtige Konjunkturerklärung vorzunehmen, sondern erst mit den einzelnen Importländern in Verhandlungen zu treten und auf gültigem Wege eine entsprechende Einfuhrregelung durchzusetzen.

verbindlichen Schiedspruch vorgenommen werden sollte. Die Firma hat sich bereit erklärt, Leistungszuglagen in der Höhe zu zahlen, daß der in dem verbindlichen Schiedspruch vorgesehene Lohnabbau damit wieder ausgeglichen wird. Die Streitfrage werden den Hilfsarbeitern voll bezahlt, jedoch wird die durch den Streik verlorene Arbeitszeit von 40 auf 48 Stunden wieder nachgeholt. Die an der Arbeit durch den Streik der Hilfsarbeiter behinderten Drucker bekommen die Streitzelt ebenfalls voll bezahlt, ohne die verlorene Arbeitszeit nacharbeiten zu müssen. Das gleiche trifft auch für die Buchbinder zu, wo es infolge von Nachstellungen zur Auslieferung kam. Bei den Buchbindern werden die Nachregelungen rückgängig gemacht und die entfallenen Zeitschichten wieder eingekauft.

In zwei weiteren kleineren Buchdruckereien, wo ein Lohnabbau auf Grund der Notverordnung angeführt worden ist, hat man die Arbeitsbindung wieder zurückgezogen.

Völkerverbundtagung eröffnet

Am Montag wurde die 13. Völkerverammlung des Völkerverbundes eröffnet. In seiner Eröffnungsrede dankte Reichspräsident von Papen die Mitglieder des Völkerverbundes herzlichst an. Er appellierte an alle Mitglieder, sämtliche feierlichen Belegungen und Durchführungsmethoden aufzugeben. Schließlich wählte er die folgenden Generalsekretäre: Sie Eric Drumm und Herbert Kistner.

Politik-Beirat wurde mit 44 Stimmen zum Präsidenten der 13. Völkerverammlung gewählt.

Zehn Jahre Zuchtthaus!

Das Schwurgericht des Landgerichts III Berlin verurteilte den 45jährigen Kaufmann und Leutnant a. D. Georg Sellmann aus Glatz wegen Totschlages zu 10 Jahren Zuchtthaus. Der Angeklagte hat im Januar dieses Jahres im Stadtpart Berlin-Lichtenberg seine frühere Frau, die Stenotypistin Gertrud B., erschossen. Sellmann wollte das Verbrechen überdecken, daß Gertrud B. Selbstmord begangen habe. Der Beweis hierfür gelang nicht. Der Staatsanwalt plädierte auf die Todesstrafe. Das Gericht begnügte indes Zweifel, ob Sellmann die Tat, für die nur materielle Beweise maßgebend waren, im Affekt oder aus voller Überlegung beging.

Autobustatastrophe

Am Montagmorgens ereignete sich bei Corren (in der Nähe von Anstettend) ein schwerer Zusammenstoß zwischen einer Kleinbusch der Straßes-Hilfswagen-Kommission und einem mit 35 Personen besetzten Autobus aus Boppard. Von den Autokreiseln — durchweg Deutsche — wurden 2 getötet, 7 schwer und 14 leicht verletzt. Die Passagiere des Kleinbusch kamen mit dem Schrecken davon. — Der herannahende Kleinbusch hatte Signale gegeben, die der Autobusfahrer scheinbar nicht begriff; er fuhr weiter. Bei dem Zusammenstoß sprang die Kleinbusch aus den Sitzen. Der Autobus stürzte um; eine Seitenwand wurde vollständig abgerissen.

Freiheitsproben — trotz des Nazi-Eides

Reichsbannermann vor dem Breslauer Sondergericht
Breslau, 28. September. (Eigenbericht.)
Das Sondergericht am Breslauer Landgericht sprach am Montag den 33jährigen Reichsbannermann Walter Pollack von der Anklage des Landesverrats frei.
Pollack war beschuldigt, an einem Aboverbot als Nationalsozialist, der sich am 22. Juni vor kurzem in Breslauer Arbeitsgemeinschaft abgelehnt hat, beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte konnte jedoch nachweisen, daß er an dem Aboverbot nicht beteiligt war. Dem Hauptbelastungszeugen, einem moskallisch verkommenen Hakenkreuzler, der dem Breslauer Justizbehörden aus einem Kleinboverfahren im vorigen Jahre als lächerlicher Phantast bekannt ist, schenkte das Gericht erstinstanzlich keinen Glauben.

Explosion auf französischem U-Boot

Paris, 28. September. (Eigenbericht.)
Auf dem französischen U-Boot „Perle“ ist am Montag nachmittags während einer Manöverbewegung auf der Höhe von Cherbourg eine Explosion erfolgt. Mehrere Einzelheiten über den Umfang des Unglücks fehlen noch. Das U-Boot-Geschwader am Standort Buglerdampfer zur Hilfeleistung abgegangen.

Discussion um die Herriot-Rede

In der Pariser Presse
Die Rede Herriots wird fast in der ganzen Pariser Presse, vor allem in den radikalen Blättern, beifällig aufgenommen. Léon Blum unterließ sie im „Populaire“ einer scharfen Kritik.

Der sozialistische Führer erklärte zwar, daß die Rede eine aufrichtige und lobenswerte Äußerung darstelle, denn sie bringe einen öffentlichen Wunsch nach Wiederannäherung und Einigkeit zwischen allen Nationen zum Ausdruck. Man finde in ihr den ernstlichen Willen zum Bewußtsein einer schweren Zeit, die Frankreich in einer kritischen Stunde, aber trotzdem lichte der Redner sich bis zu einem unparteiischen Urteil zu erheben. Und daher komme der ein wenig traurige Ton der Rede, die den Preis der Rede ausmache. Herriot habe anerkannt, daß die Enttarnung der besiegten Kräfte den ersten Schritt zur allgemeinen Währungsreform darstelle. Was könne ihn also auf diesem Wege aufhalten? Glaube er, daß Frankreich schon die in Versailles übernommenen moralischen und politischen Verpflichtungen erfüllt habe? Man könnte es meinen, denn Herriot befehle mit Nachdruck auf den seit 1921 durchgeführten Verringerungen der effektiven Steuern und der Heeresseinheiten. Aber wisse er denn nicht, daß das Kriegsmaterial Frankreichs fürchterlicher als jemals ist. Wisse er nicht, daß die französische Bevölkerung ständig größer geworden und das Budget in Gold ausgedrückt bei weitem die Budgets von 1913 und 1914 übersteige? Wisse er nicht, daß in Frankreich etwas geschieht, was man die allgemeine Wehrpflicht nennt, und daß man in Frankreich allen Kindern die Kunst des Tötens lehrt? Aber es scheint, daß die Schwierigkeiten, die man der allgemeinen Währungsreform entgegensetzt, in der unzureichenden Sicherheit bestehen. Herriot erklärte sich mit ironischem Vergnügen einverstanden mit der in der Antwort der sozialistischen Partei auf den Stichworte Fragebogen ausgedrückten Doktrin. Er, Léon Blum, werde sich darüber nicht beklagen, die sozialistische Partei würde aber hundertmal recht haben, wenn sie jetzt auf die so vielen Ereignisse anders denke als vor 15 Jahren.

Gandhi erfolgreich

Abbruch des Hungerstreiks — Regierung muß nachgeben
London, 28. September. (Eigenbericht.)
Gandhi hat am Montag seinen Hungerstreik mit einem Glas Zitronensaft beendet. Der Grund: die englische Regierung ist einverstanden mit dem durch Gandhis Hungerstreik erzwungenen Kompromiß zwischen den Hindus der höheren Kasten und den „Unberührbaren“. Die Parias werden sogar statt 21 Sitze, wie es die englische Regierung vorschlug, 148 Sitze in der Kommunalvertretung erhalten. England macht lediglich Vorbehalte für das Wahlrecht.

Breitners Ausscheiden

Wien, 28. September. (Eigenbericht.)
Im sozialdemokratischen Gemeinderatsklub von Wien leitete Bürgermeister Seih am Montag mit, daß Stadtrat Breitner mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Amte als Finanzreferent der Stadt Wien zurücktritt. Der Klub nahm die Erklärung mit größtem Beifall an und dankte für die Arbeit Breitners zur Kenntnis. Nachfolger Breitners in der Finanzverwaltung wird der bisherige Präsident des Wiener Landtages, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Robert Demmerling.

Unwitterschäden in Notgebieten

Sozialdemokratische Preußenfraktion fordert Nachprüfung und Hilfe

Der Hauptausnahmsrat des Preussischen Landtags beauftragte sich am Montag nachmittags mit Anfragen verschiedener Fraktionen über Unwitterschäden. Anstatt eine landesweite Untersuchung der Unwitterschäden durchzuführen, hat die sozialdemokratische Fraktion Abgeordneter Hg. Petershohn (Soz.) vorgeschlagener zusammenfassender Antrag, worin das Staatsministerium ersucht wird,

1. nach Prüfung der entstandenen Unwitterschäden, soweit dies erforderlich ist, in folgenden Gebieten:
 - a) im Gebiet der unteren Havel, der Stepenitz und der Raritzane, und in den Kreisen Ruppitz, Reichenbach (Gulenberg), Schmeidnitz, Waldenburg, Falkenberg (O.-S.), Breslau, Luban, Gloggnitz, Goldberg, Wobslau, Hagnau, Widen, Leobschütz, Gloggnitz, Bolkowitz und Grünberg,
 - b) in den Kreisen Gumbinnen und Insterburg,
 - c) in dem Kreise Danneberg a. d. Elbe,
 - d) in den Gemeinden Rottlun, Hainigsdorf und Beerlage,
2. im Bedarfsfalle die nötigen Steuern zu künden bzw. niederschlagen sowie auf das Reich, die Gemeinden, Kreise und Provinzen im gleichen Sinne einzuwirken;
3. durch Bewährung von Krediten beifällig einguzusetzen;
4. vorübergehende Maßnahmen zur Verbilligung billiger Lebensmittel einzusetzen;
5. dahin zu wirken, daß bei Vergebung der Arbeiten oder bei Regiarbeiten der vereinbarte Tariflohn zu zahlen ist.

Das Pilsudski-Regime

Einfordernde Partei „kommunistischer Umtriebe“ verdächtig
Die polnischen Verwaltungsbehörden haben am Montag in den Wojewodschaften von Pilsudski die ukrainische agrarische Interessierten Partei verboten wegen „kommunistischer und sozialistischer Tätigkeit“ verboten. Gleichzeitig wurden bei den Führern und in den Rekrutierungsbüros der drei Wähler dieser Partei Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Rekrutierungsbüros sowie zahlreiche Führer des Verbot wurden verhaftet.

Dreimal auf dem Schafott

Brauenhafte Szenen bei einer mißlungenen Hinrichtung - Der zum Tode Verurteilte begnadigt - Die Lösung des Rätsels

Vor kurzem starb in England ein Mann, der im Jahre 1907 aus dem Gefängnis entlassen wurde, nachdem er einundzwanzig Jahre dort verbracht hatte. Daß dieser Mann, namens John Lee, noch einmal wieder in Freiheit kommen würde, hatte er selber nicht hoffen können, denn als man ihn verurteilte, nachdem er einen Mord begangen hatte, wurde er zum Tode verurteilt. Gerade hatte er nicht zu erwarten. Die Ermordete hatte ihn als Raubdiener zu sich genommen, er war als Kaufmann in ihrem Gefolge tätig. Eines Tages befaß sie den zum Hängling herangekommene und wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Als er aus dem Gefängnis entlassen wurde, nahm die Frau ihn wieder bei sich auf und gab ihm Arbeit. Bald danach wurde eines Morgens die Nachbarschaft durch Feueralarm geweckt. Das Haus der Frau stand in Flammen; es war noch gegen die Versuchungen des Verbrechers, daß so schnell Hilfe herbeikam, denn er hatte wahrscheinlich gehofft, daß durch das Feuer alle Spuren ausgelöscht würden.

Statt dessen fand man die alte Dame mit zerfetztem Schadel in ihrer Wohnkammer. Ihre Nachbarn war mit Petroleum besoffen. Neben der Leiche fand man ein Teil, mit dem die Tat verübt worden war.

Der junge Mann wurde verhöört und leugnete jede Schuld; er lagte aus, er sei selber erst durch den Brandgeruch nach gekommen, der aus dem Schlafzimmer seiner Arbeitgeberin gekommen sei. Er habe versucht, sie zu retten und habe sie aus dem Haus geführt, aber durch das Feuer in Gefahr gekommen. Er hätte die Scheiben zerbrochen, um den Rauch abziehen zu lassen, und die Frau einzuweichen auf den Boden gelegt. Dann sei er hinausgegiert, um Wasser zu holen. Hier habe ihn die Mädchen getroffen, denn seine blutbesudelten Hände aufgefallen waren. Wie die Frau geäußert worden war, wollte Lee nicht wissen. Noch als das Urteil gefällt wurde, beteuerte er seine Unschuld.

Der Mörder sollte in Exeter hingerichtet werden, wo schon seit mehreren Jahren keine Hinrichtung mehr stattgefunden hatte. Es mußte deshalb ein neuer Galgen, der in England bekanntlich mit einer Falltür versehen ist, angefertigt werden. Lee wurde an einem Montag hinausgeführt zum Schafott. Als er auf der Falltür stand, gab der Scharfrichter an dem Hebel, daß die Falltür richtig nicht. Er schob den Hebel nach vorwärts und nach rückwärts, die Falltür blieb unbeweglich.

Der verurteilte Mörder verschwand nicht in der Verjüngung.

Es war unmöglich, die Hinrichtung an ihm zu vollziehen. Auf einen Ruf des Gefängnisdirektors wurden die Festen gelöst und Lee in seine Zelle zurückgeführt. Dann wurde der Gefängniswärter gerufen, der die Falltür nachsehen mußte. Er konnte den Hebel nicht finden. Was nahm an, daß durch den beständigen Regen der vorhergehenden Tage das Holz gequollen war, so daß es sich klemmte. Folglich wurde die Luke in die Zwickelfuge geschickt und die Räder wurden abgeholt. Es wurde dem Zwickler schnelle Arbeit zur Bedingung gemacht, da der Mörder ja in seiner Zelle auf die Vollstreckung des Urteils wartete.

Er wurde von neuem hinausgeführt zum Schafott, gebunden, der Strick wurde ihm um den Hals gelegt und er stand abermals auf der Luke. Wieder griff der Scharfrichter nach dem Hebel. Aber auch diesmal bewegte sich die Luke nicht. Der Mörder mußte in die Zelle zurückgeführt werden. Der Zwickler wurde gerufen und begann wieder an der Luke zu hodeln. Nach wenigen Minuten konnte der Mörder abermals geholt werden.

Zum drittenmal stand er auf dem Schafott. Der Scharfrichter bewegte den Hebel.

Ein der Wärter fiel in Ohnmacht, so groß war das Erlebnis: die Falltür bewegte sich auch diesmal nicht.

Der zum Tode Verurteilte stand ganz still da, ihm war keine Erregung, keine Angst anzureuen. Da gab der Direktor der Wärtern Weisung, die Falltür mit Äxten zu bearbeiten, aber als auch diese Anstrengungen vergeblich waren, wurde Befehl gegeben, den Mörder in seine Zelle zurückzuführen. Der Direktor melbete nun den seltsamen Vorfall der Behörde, und nach dem man den Fall unterucht hatte, wurde das Todesurteil über diesen Mann aufgehoben und er zu zwanzig Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Erst nach seiner Freilassung erzählte Lee selbst den Zusammenhang.

Ein Freund von ihm, der fest an seine Unschuld glaubte, hatte sich mit dem Gefängnisdirektor befreundet und auch diesen davon zu überzeugen gesucht, daß hier ein Fehler zu erkennen war. Der Zwickler hatte deshalb bei der Konstruktion des Schafotts eine Schraube angebracht, die es unmöglich machte, daß die Falltür irgendeinem Druck nachgab. Auf diese Weise verteilten die treuen Freunde den Mann, der bis zu seinem Tode bei seiner Behauptung blieb, daß er das Opfer eines verhängnisvollen Fetzums gewesen sei.

Warum Streik in der Schuhindustrie?

Abwehr gegen Notverordnungslohnraub

Am 14. September tagte in Berlin der Verband der Schuhfabrikanten und Schuhmacher. Er beschäftigte sich eingehend mit dem durch die Notverordnung der Regierung vorgegebenen Lohnraub. Entsprechend der Einstellung des Bundesauschusses des DVB, wurde einstimmig beschlossen, sich gegen jeden weiteren Lohnraub mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zu wehren. Die Taktik des Vorgehens soll jeweils von den örtlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden.

Auch die Weissenhofer Schuhfabrikanten wollten sich den Lohnraub und die Arbeiter-Schutzprämie nutzbar machen, und zwar mit größerer Schnelligkeit als bei Lohnzulagen. Angeblich erstürden die Betriebe plötzlich in Aufträgen, so daß die Einstellung von neuen Arbeitkräften erforderlich war. Noch vor ganz kurzer Zeit war in einem Arbeitsstellenfinkstrik der gesamten Weissenhofer Schuhindustrie von den Unternehmern und ihren Schützlingen erklärt worden, daß sie am Vormittag nicht müßten, was sie den Arbeitern am Nachmittag für Beschäftigung geben sollten. Damals langte die Arbeit angeblich kaum für 3 Tage und für 4 Tage, wie die Arbeiter-Berichte forderten, gab es keine Beschäftigungsmöglichkeit, selbst nicht bei der ganz stark verringerten Beschäftigung.

Auf einmal still, trotz der immer weiter erheblich gestiegenen Kaufkraft, ein großer Auftragsüberschuß vorhanden sein. Die ganze Sache riecht sehr verdächtig nach

Erweiterung der Arbeiter-Rohp- und Lohnraub-Prämie. Die Regierung verordnete wohl großspurig, daß durch den Lohnraub infolge Weissenhofer-Einstellung eine Senkung

Für Herabsetzung der Mieten

In München fand kürzlich eine Tagung des Gesamtvorstandes des Reichsbundes Deutscher Mieter statt. In einer dort angenommenen Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bei der großen wirtschaftlichen Notlage weitest Kreise der Mieterchaft unbedingt notwendige und vom Reichsbund Deutscher Mieter seit längerer Zeit geforderte

weitere Senkung der Mieten

für Räume in Alt- und Neubauten bis heute noch nicht erfolgt ist. Diese Unterlassung ist um so befremdlicher, als im Wege der Notverordnungen nicht nur die Einkommensenkündungen und die steuerlichen Befreiungen für die nicht befriedigten Bekleidungs- und Heizkosten, sondern auch den Befriedigten, insbesondere auch dem Hausbesitzer, neue — zum Teil ganz erhebliche — Auswendungen aus Reichsmitteln gemacht worden sind. Die Mietentlastung in Neubauten muß endlich wirksam gestaltet werden, und zwar durch Wegfall der Zins- und Tilgungsraten für die Hauszinssteuerhypotheken, durch Senkung der Zins- und Tilgungsraten für die übrigen Hypotheken, durch steuerliche Entlastung, durch Senkung der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität unter Wegfall der Zähler- und Messermieten, sowie durch Mietszuschüsse aus öffentlichen Mitteln — bei gleichzeitiger Sanierung des überschuldeten Neubausbestandes. — Die Miete in Altbauten kann sofort ohne weiteres auf die Höhe der Friedensmiete gesenkt werden, wenn die in der gesetzlichen Miete enthaltenen

überhöhten Sätze für Reparaturen und für Betriebskosten den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. In die Mietentlastung sind auch die Nachverhältnissätze für gewerbliche Räume und die Verfruchtungen einzubeziehen.

der Kaufkraft nicht eintreten solle, vielmehr müsse sich durch diese Maßnahmen die gesamte Lohnsumme steigern. Wie das tatsächlich ausfiele, zeigt folgende Beispiel:

Die Arbeitszeit in einem Betrieb betrug 48 Stunden. Es werden 100 Arbeiter mit Durchschnittslohn von 30 Mk. in der Woche beschäftigt. Dies ergab eine wöchentliche Gesamtlohnsumme von 3000 Mk. Nunmehr wird die Arbeitszeit auf 40 Stunden, also um ein Sechstel gekürzt. Schon dadurch verringert sich die Gesamtlohnsumme auf 2500 Mk. Es werden weiter 25 Arbeiter gleich 25 Prozent neu eingestellt. Damit tritt für die 31. bis 40. Arbeitsstunde eine Lohnsumme von 15 Prozent ein, das heißt die Gesamtlohnsumme wird um 12 1/2 Prozent, oder um weitere 312,50 Mk. gekürzt. Es verbleibt mithin für die 100 Arbeiter eine Gesamtlohnsumme von 2187,50 Mk. Dazu kommt der Lohn für die 25 neu eingestellten Arbeiter, ebenfalls je 21,87 Mk., zusammen 546,75 Mk. Der Gesamtlohn für die 125 Arbeiter ist damit immer erst 2734,25 Mk. oder 265,75 Mk. weniger als früher für die 100 Arbeiter. Dazu kommt für jeden der neu eingestellten Arbeiter eine Kopprämie von wöchentlich 8 Mk., ergibt nochmals 200 Mk. in der Woche. Der Unternehmer erhält so auf Kosten der Arbeiter, ohne die Steuerhinterziehung, wöchentlich eine Steigerung von 465,75 Mk., jährlich fast 25 000 Mk. (Schn Sie, das ist ein Geschäft!)

Dagegen wehren sich die Schuharbeiter; deshalb sind sie in den Kampf getreten. Sie kämpfen nicht nur für sich, sondern für alle Arbeiter. Deshalb ist auch die Sympathie aller Arbeiter und auch aller Arbeitelosen mit ihnen.

„Vorhang auf!“

Zur Eröffnung der Theaterspielzeit 1932/33.

Von Günther P. Bartel.

Der erlesene Gäste erwartet, trifft große Vorbereitungen. Erlesene Gäste: wer gehört mehr dazu als ein Theaterliebendes Publikum in dieser Zeit? Große Vorbereitungen: wer wäre mehr dazu verpflichtet, ein Theater, das nach der Kunst, der Kultur zu dienen genügt ist?

Wenn der Vorhang vor dem ersten Publikum, welches das Theater in dieser Spielzeit empfangen wird, sich zu teilen anfängt, schon dann ist eine große Summe von Arbeit und Fleiß, Anstrengung und Anteil, Gefühl und Verzicht notwendig gewesen.

Als die letzte Spielzeit und die Nachspielzeit der Solomitzlieder zu Ende gegangen war, schien das Theater sich aus dem Stadtbild für einige Wochen auszuweichen. Diese „Wochen“ waren für die Mitglieder des Theaters, Arbeiter und Künstler, schwere Monate. Fast drei Monate Arbeitslosigkeit waren als schwere Last der Not zu tragen.

Und das Theater wäre ein totes Haus, ein Steingemäuer wie viele andere großen, wäre nicht die Erinnerung an viele Abende in diesem Haus übergeben. Die Erinnerung an das Geheimnis der immer wiederkehrenden Verjüngung, die den Besucher — nie seit — umfing. Es wäre unvollständig ein totes Haus gewesen, wenn diese Erinnerung nicht gebietet wäre, die hier — lebendiger als jede Tradition — unterhelt gehalten hätte.

Abend um Abend und zumal sitzt wohl vor dem inneren Gesicht des jedes am Theater vorüberziehenden Passanten auf, an dem das Spiel der Körper, Seelen, Stimmen in zu innerer Gedank hatte: ein Erlebnis. Und dieser Augenblick wiederholt sich, morgens, mittags, abends, immer ging wohl jemand vorbei, der das scheinbar tote Haus für sich lebendig zu machen wußte.

Und dennoch war das Haus in diesen Sommermonaten vom Geist der Rot besessen. Wer vorbeiging — dachte der an die erwerblosen Künstler? Dem stand das Haus als bittere Wohnung vor Augen und vor Bergen.

Endlich lag in diesem Monat der Geist der großen Nächstenliebe wieder in das Theater, das Schicksal der Reichsminister brachte durch das hallende Gebälde, der Schritt vieler Arbeitenden schallte durch die leeren Räume. Ausschreitungen, Verheerungen der Stadt, die die Welt behaun — die Vorbereitung war gleich bekommen, die das Theater bereitmaden sollte für den Empfang der Gäste.

Wer war auch immer in den letzten zehn Tagen das Haus des Theaterarbeit, das diesem Rufen und Dämmern der Nächstenliebe nachfolgte. Die Atmosphäre dieser so intensiv betriebenen Arbeit, tustet hat, der spürte schon wieder das Summen der zauberhaften

die sich aus Leidenschaft und Räte, aus Gefühl und Verzicht in ganzbiemem Maße zusammensetzt, hatte um sich gegriffen, die Proben waren im Gange.

Nun beginnt der Spiel wieder! Unablässig wird sich von neuem der Vorhang vor dem Publikum teilen, unablässig wird sich aus dem Spiel der Körper, der Seelen, der Stimmen ein Kunstwerk gestalten. Doch welche Spannung geht dem Moment voraus, da nach der Vorbild der Sommermonate und dem neuen Glück vielfältiger Vorbereitung zum ersten Male für eine neue Spielzeit die Weisung ertönt: Vorhang auf! Geht nicht gleichsam damit der Vorhang vor einer ganzen neuen Spielzeit empor?

Der Monaten war ein trübseliger Winterzeit für das Theater gekommen. Jetzt kommt der Neujahrstag. . . . Epät, sehr spät. Der Kalender des Theaters ist aus den Fugen. . . . Wer jetzt zu hören versteht, der hat vorausgehören, der kann schon die eilen Schritte der Besucher vernehmen, die große Sammlung der Geräusche um das Theater, in dem Theater, die den ersten Vorstellungen vorausgehen. Dann ist ganz plötzlich, allen sichtbar, endlich wieder das Theater im Stadtbild, im Stadtleben, im Stadterleben. . . .

Das Stadttheater beginnt heute mit Wagners „Fliegende Holländer“ der neue Spielzeit. Es folgt morgen Shakespeares „Wintermärchen“ in der neuen Übertragung von Hans Roth, am 14. September aber geht am kommenden Sonntag als Erstaufführung das Lustspiel „Der Mann mit den grauen Schläfen“ von Leo Lenz unter der Regie von Robert Jung in Szene.

Auch in der nun wieder beginnenden Spielzeit gibt das Stadttheater sehr merkwürdigen aus, die bekanntlich zum Zweck aller drei Kunstgattungen (Schauspiel, Oper und Operette) benutzt werden können. Das Stadttheater gewährt dem Käufer eines Jahresbilletts eine 15prozentige Ermäßigung auf die bereits preiswertesten Rollenpreise. Weiter werden aber täglich noch Ermäßigungen zum Abonnement angenommen. Dem Abonnenten wird eine noch größere Preisermäßigung als dem Käufer eines Jahresbilletts ausgedehnt, so daß er die Eintrittskarte mit 30 Prozent Ermäßigung erhält. Die Preise des Abonnements liegen auf diese Weise zwischen 2,10 Mk. und 3,85 Mk. Das Abonnement ist dadurch noch besonders veranlagt, daß acht Darstellungen vorgezogen sind. Das Abonnement ist also eine äußerst günstige Möglichkeit, das Stadttheater regelmäßig zu besichtigen zu können.

Ein Wundhaujen-Berein. In Bodenwerder a. d. Weier, dem Geburtsort Wundhaujens, ist ein Wundhaujen-Berein gegründet worden. Er will ein Denkmal für den berühmten Gefäßkennner errichten und ein Museum gründen. Der Verein hat Wundhaujen, der aus dem Geschlecht des „Lügen-Barons“ stammt, und der selbst als Sammler und Schriftsteller zur Wundhaujenforschung beigetragen hat, zum Ehrenmitglied ernannt.

Humor in dieser Zeit?

Die Tage werden kürzer — der Sommer geht zur Flucht. Nun denkt man auch wieder einmal daran, ein Buch zu kaufen und in seiner Freizeit zu lesen. Da ist hier noch einmal auf das „Lutige Buch“ des Verlages „Der Bucherz“ (GmbH., Berlin, SW. 61 (Preis 4,30 Mk.) hingewiesen. Humor in dieser Zeit? Jomah! — und loger erst recht! Warum — das soll uns die „Erklärung“ sagen, mit der die Sammlung gesellschaftskritischer Humoresken und Grotesken eingeleitet wird:

Vielleicht könnte von dem einen oder anderen die Frage gestellt werden: Ist es erlaubt, in einer wirtschaftlich wie politisch gleich tiefsten Situation dem Schalksamen Humor das Wort zu verleihen? Kann man überhaupt noch lachen, wenn Dünge und Verzweiflung die Stunde regieren? Ist also die Zeit danach angetan, um gerade jetzt das „Lutige Buch“ des Bucherzverlags zu lesen?

Wir wollen die Frage gestellt mit einem Ja beantworten. Und gleich hinzusetzen: Humor ist stets und überall am Platze, vorausgesetzt, daß weltlicher Humor kein Sittlichkeitslehre läßt. Freilich muß man sich von dem Mißverständnis fernhalten, daß Ernst und Humor einen unüberwindlichen Gegensatz miteinander bilden. Geisig, der Gegenpart ist da, der Gegenpart in der Form. Im übrigen sind beide nur Mittel zum gleichen Zweck. Die sind gleichsam zwei Spiegel, in denen wir das mehr oder weniger getreue Abbild des Lebens erblicken. Wir leben in beiden Fällen das gleiche Bild: die menschliche Gesellschaft mit ihren Schwächen, Ungleichheiten, Erdmühseligkeiten. Den gleichen Gegenstand betrachten wir bald mit einem neuen, bald mit einem trübseligen Auge.

Kann man nicht etwa die Bürgergenossenschaft, die von getrennt und heute, auf die beschiedene Weise zur Darstellung bringen? Ein Beispiel zu wählen: Der Rinfelrich eines Dummeit ist vielleicht — folgen wir — um etliche Grade humorvoller als der eines George Grosz, und dennoch erscheint der französische Meister im Angriff auf die herrschenden Klassen noch rücksichtsloser, unachgiebiger und — revolutionärer als der deutsche Künstler. Auf den Angriff allein kommt es an. Und mit der Waffe des Humors kann man — wie gelangt — tödliche Schläge verlegen. Die Doppelfläche bleibt, daß wir den Feind an seiner Unheilbarkeit treffen. Dann wollen wir lachen — ohne Gnade und Erbarmigkeit. Und indem wir über die heutige Gesellschaft lachen, sollen wir daran denken, daß wir selbst auch noch mit allerlei Schwächen behaftet sind, die für Scherz, Ironie, Satire und noch manche andere Arten von Humor genutzende Angriffswaffen bieten. Verzeihen wir also nicht, in den eigenen Spiegel zu blicken!

Wenn wehe einer Zeit, wehe einer Gesellschaft, wehe auch einer Partei, die nicht die Kraft aufbringt, das eigene Antlitz im Spiegel der Realität wahrzunehmen! Wir wollen hier den Weg anfragen, wenn wir nicht inskande werden, über die eigenen Schwächen zu lachen!

Emile Zola

(Zu seinem 30. Todestage)

Wahrheit und Gerechtigkeit werden nur durch Arbeit kommen. Der Mensch schäufert ihr alles, Einfachheit und anständige Befugnis. Der Mann, der das schrie, Emile Zola, ist der Welt nichts schuldig geworden. Er hat sich seiner Arbeit hingeegeben, rafflos und eifrig, voll Glauben an seine vier Evangelien: Arbeit, Fruchtbareit, Wahrheit, Gerechtigkeit. Einem Werke sich hinzugeben, das sei im Nichts aller Dinge, wenn auch unruhig, noch immer das Begehren — das war sein Glaube. Vierzig Jahre lang lehrte er; er hat das „Zweite Kaiserreich“ bloßgelegt in der zwanzigjährigen Geschichte der Rougon-Macquart. In großen Romanen hat er das Keimen und Wachsen der sozialistischen Idee dargestellt, immer wieder appellierend an das Gewissen seiner Nation und der Welt. Er kämpfte gegen Dummheit und pharisäische Religion. Aus Laskaris hat er die sittlichen Folgerungen gezogen. In jungen Jahren schon, als er Hunger litt und in seiner kleinen Marlagde Spagat fing und sie auf einer Garbinenloge über dem trüblichen Kaminfeuer röstete, war ihm die weise Erkenntnis gekommen: Der Roman hat nicht allein den Zweck, zu malen, er soll auch bessern. Zola hat das Seine dazu getan, durch seine Romane zu bessern. Wahrheit und Gerechtigkeit waren zwei seiner Evangelien; für sie ist er eingetreten mit der ersten Liebe eines von seiner Million tief überzeugten jungen Menschen. Und als der Hauptmann Derogis um seine Hand kämpfte, war Zola der erste und lange der einzige, der auch hier für die Gerechtigkeit eintrat, den seine Redaktionsstätigkeit in der „Aurore“ nicht gebüht und gelegentlich gemacht hatte. Denn er hatte Gewissen. Er hatte das Gewissen für ganz Frankreich in dem Augenblicke, als er sich niederlegte und den offenen Brief an den Präsidenten der Republik schrieb, jenen Brief voll Mannesmut, jenen Brief überzeugend und überzeugenden Brief anständiger Befugnis und aufrichtiger Gerechtigkeitssiebe: „J'accuse!“ Ach, sage an — das war sein Wort, das Frankreich auf Wochen in Aufruhr legte, das die Welt aufhorchen ließ. Sein Gewissen ließ ihm keine Ruhe; er mußte die Anklage hinausjammern in aller Öfren. Frankreich mußte auf ihn, die Stimme des Gewissens, der Gerechtigkeit, hören. Und von allen Seiten wurde der weltberühmte Schriftsteller, der Mann mit den hundertaufend Auflagen, angegriffen, belien, verleumdet, bedroht. Bis sich der Sturm legte — bis zu dem Tage, wo außer seiner kleinen Freundesdar über die Hunderte, Tausende in der Welt begriffen, daß Zola „Ach, sage an“ mehr war als nur ein Schriftsteller, die Stimme des Gewissens, der Gerechtigkeit, hören. Und von allen Seiten wurde der weltberühmte Schriftsteller, der Mann mit den hundertaufend Auflagen, angegriffen, belien, verleumdet, bedroht. Bis sich der Sturm legte — bis zu dem Tage, wo außer seiner kleinen Freundesdar über die Hunderte, Tausende in der Welt begriffen, daß Zola „Ach, sage an“ mehr war als nur ein Schriftsteller, die Stimme des Gewissens, der Gerechtigkeit, hören.

zu, rufte sie zu sich heran und flüsterte ihr erregt rasch ein paar Worte zu. Diese trift darauf rasch — zu Zola, sagt sie am Arm und sagt zu ihr: „folgen Sie mir!“ Diese ganzen Ereignisse dauern kaum den Bruchteil einer Minute, Zola weiß nicht, wie ihr geschieht. Sie folgt willenslos dem Zwange der gebietenden Stimme. Sie bemerkt nicht, wie die Leute sich nach ihr umschauen. Auf einmal steht sie in einem kleinen, lichten Kontor. Die Dame in Schwarz spricht zu dem dort am Schreibtisch sitzenden älteren, etwas dieilichen Herrn: „Da haben wir mal wieder eine erwischt.“ Da steht vor ihm ein Mann, was man von ihr will. Aber noch ehe sie sagen kann, daß ihre Freundin wohl ein Irrtum sei, sagt die Dame zu ihr: „Ach, rate Ihnen, geben Sie freiwillig den Ring heraus; sonst wird die Sache für Sie viel unangenehmer.“ — „Ach habe keinen Ring fortgenommen“, antwortete Zola, eingeschüchtert durch die fallen, sie dauernd flirrenden Augen der beiden Beobachter. „Schämen Sie sich“, herrscht sie über die dicke Herr an, „bei Ihrer Jugend haben Sie verdorben zu sein! Befehlen Sie doch wenigstens Ihr Verdorben ein!“ — „Ach habe nichts entzogen“, erwidert Zola. „Wir werden Sie unten überführen. Sie freude Krabb; wenn Sie den Ring nicht von selbst herausgeben, werden wir ihn doch zu finden wissen. Geben Sie mal Ihre Tasche her!“ Die Tränen stehen Zola in den Augen; belümmelt reißt sie ihr abgerissenes Taschentuch hin. Die schwarzgekleidete Dame findet darin nur ein Taschentuch, ein paar kleine Geldstücke und einen Schlüssel. Sie reicht Zola die Tasche zurück: „Allo schön, wenn Sie es nun noch nicht geteilen wollen, muß ich den Ring bei Ihnen

juden lassen.“ — „Aber bitte, glauben Sie mir doch, ich habe den Ring bestimmt nicht fortgenommen“, sagt Zola mit tränenden Augen. „Das kennen wir. Aber Ihre Zeugnisse wird Ihnen nichts helfen. Wir werden Sie schon kriegen.“ Glauben Sie mir nicht, daß Sie ohne Erlaubnis ausgehen werden. Sie ausgehört, verhört, diebstahl! Zola bricht in Tränen aus, aber es hilft ihr nichts. Der dicke Herr bricht auf eine Kugel und sagt zu der beireitenden Dame: „Führen Sie das Fräulein in ein anderes Zimmer und suchen Sie einmal gründlich nach! Diese raffinierte Person muß den gestohlenen Ring sehr gut versteckt haben.“ Zola wird ganz rot; ihre Tränen jähern, als man sie rauh am Arm faßt und sie in ein anderes Zimmer führen will. Da hört man vor der Tür lautes Schreien. Eine schelle Stimme kreischt: „Wollen Sie mich wohl loslassen. Sie ungeschämte Person! Was fällt Ihnen eigentlich ein?“ Als die Tür sich öffnet, stehen die Dame, die sich vorhin in der Schmutzabteilung die Ringe zeigen ließ, und Zola, die die sie heilig wehrte Dame am Arm ergriffen festhält. „Eine solche Unverschämtheit ist mir noch niemals passiert. Befehlen Sie doch der Person, daß sie mich sofort losläßt. Ein paar Dorschein verdient sie, harmlose Käufer so zu beschuldigen, um den Verdacht von ihrer diebstahligen Fremdbild abzuwenden.“ Mit einem letzten Aufschrei die Dame sich und verläßt sie einen heiligen Klaps auf die Finger. Dabei fällt ihre Handtasche zu Boden. Das Geschloß springt auf — und vor aller Augen rollt der gestohlene Ring ins Zimmer. . . . Meta Helan Zola

Ein Frauenwort zu den Wahlen

Von Henni Lehmann

Schneller noch, als man gedacht, wenn auch nicht unerwartet, treten wir wieder ein in Wahlen zur Volksvertretung. Gewissenhaft prüft sich nicht als Frau und frage mich: „Was habe ich seit der letzten Wahl erlebt; was hat mein natürliches Frauenempfinden am stärksten aufgerüttelt im Guten oder Bösen?“ — Im Guten nicht allzuviel, doch im Bösen erlösen mir als ganz ungewohnter Vorgang die nationalsozialistische Stellungnahme zum Deutschen Reich über die nationalsozialistischen Wähler, die einen Menschen in der Person seiner Mutter getötet haben. Da hat z. B. der nationalsozialistische Thüringische Ständerat an diese Wähler in das Gerichtsgelände eine Droschke geschickt, in der es heißt: „Wir sind stolz auf Euch!“ — Was empfinden die Wähler dieser Schöler, wenn sie das lesen? Ist ihnen das Schweigerecht gegenüber jener unglücklichen Mutter des Getöteten zu verlieren gegangen, daß sie ihren Söhnen die abfällige Robett eines solchen Telegramms nicht sichtbar machen konnten? Sie sollen noch einer anderen unglücklichen Mutter denken, der des ermordeten Juden Walter Rathenau, die der Mutter des Mörders ihres Sohnes als einer anderen unglücklichen Mutter einen warmen, treibenden Schweigerecht geschrieben. „Zwei unglückliche Mütter“ nannte sie sich und die andere. Nach Zeitungsberichten, die genau nachprüfen nicht möglich ist, die aber in verschiedenen Blättern aberschimmend lauten, soll Adolf Hitler sich dahin ausgesprochen haben, daß er die Tat von Postemps zwar nicht billige, aber das Urteil desshalb zu hart finde, weil es sich um die Lösung eines Polen durch einen Deutschen handele. Ist die Mutterhaft der polnischen Mutter weniger heilig zu halten als die der deutschen? Mutterhaft vorerst im Deutschen und heiligen Empfinden der Frau, jeder Frau, der des wilden Völkertammes wie der des höchstzivilisierten, und wer es an irgendeiner Stelle geringer bewertete, der schäme sich natürlich, jeder aber, jeder gut und warm empfindenden Frau trauet ins Gesicht.

Was ist wirklich heute noch Frauen, die das nicht fühlen, nicht begreifen? Macht es ihnen klar, bis wie Frauen in einigen Wochen abermals an die Wahlurnen treten werden. Sagt ihnen: „Wenn ihr einem Nationalsozialisten die Stimme gebt, so verurteilt ihr die Frau, verurteilt die Mutter in Euch!“ Es wird gerade von bestimmten Frauenkreisen, die sich durch nationalsozialistische Schlagworte befehlen lassen, immer das schreckliche Moment als Grundlage der Weltanschauung betont. Haltet ihnen das Diktatorwort vor:

„Selber die Kirche, die göttliche, temmt überaus nicht auf ihrem Thron, als die Mutter mit ihrem Sohne.“

Maria war eine hübsche Mutter. Nach dem nationalsozialistischen Massenstandpunkt muß ihr Mutterempfinden nach wohl auch wie der jener armen polnischen Mutter des Opfers der Drahtener Mörder als weniger zu achten, als mildererwertig erachtet? Und doch sind seit fast zwei Jahrhunderten die Bilder und Darstellungen der Kammerschmerzen Mutter heiligstes Liebesymbol.

Soll ich noch mehr hinzusetzen? Wenn ich, wenn Frauen aller Länder Gegner des Krieges sind, wenn ich die Todesstrafe als ein Verbrechen gegen natürliches Empfinden verurteile, so geschieht das, weil ich es als Frau verwerflich finde, daß die Mörder des Staates den Sohn einer Mutter zwingen, den Sohn einer anderen Mutter zu töten. So widerrechtlich mir auch die Vollstreckung des Todesurteils an jenen Drahtener Mörder, kann auch sie haben wohl Mütter. Aber allen Frauen möchte ich legen: Heißt durch eure Stimmenabgabe die der bevorzogenen Wahl, daß niemand gewandt werde aus den Reihen jener, die unter heiligsten Frauengut, unter Glück und Leib, unter Mutterempfinden trauen und misshandeln!

Warenhausdieb

In einem heißen Sommerabend machte sich Zola und alle auf, um gemeinsam im Warenhaus einige notwendige Einkäufe zu erledigen. Nachdem sie ihre Kleingüter gekauft hatten, beschlossen sie, hier in einigen Minuten die Waren zu kaufen anzusehen. Ein wenig neugierig sah sie hier die hübschen Kleider, dort die Hüte und rechnete sich aus, daß ihr Stempelgeld niemals dazu reichen würde, so etwas zu kaufen. Aber die Bestenmühen taten's ja auch noch; sie waren wenigstens immer modern, und die kurzen Kleider waren durch einen dazwischengelegten Streifen wieder so lang, wie es die neue Mode verlangte. Man müßte noch zuzubeden sein. Sie mußten genau, daß es vielen Menschen sehr wichtig ging. In der Dekorationsabteilung kaufte sich gerade eine Dame eine Tasche aus Schlangenleder. Die Kasse war einer großen Menge Kleider ihr nicht leicht zu fallen. Traurig sah Zola auf ihr abgerissenes schwarzes Wappenschildchen. Wie lange sparte sie schon für ein neues, aber das Geld mußte immer wieder für wichtigere Dinge ausgegeben werden. Ihr Weg führt sie weiter durch die Schmuckabteilung. Hier gibt es unglaublich viel zu bewundern. Schmuckstücke, Funken und Gläser dort, in einem andern Schrank funkenberühmte Brillen aus buntem, glänzendem Material, dort einfache Gold- und Silberarbeiten. Auf der anderen Seite sind Silbergeschätze und Bestecke ausgestellt. In der Mitte des Raumes steht eine schön geschliffene Glasvase. Auf einem schwarzen Samtstisch im obersten Fach liegt inmitten bunter Ketten, Armbänder, Ringe und anderer Schmuckgegenstände ein Ring; ein schmaler Goldring mit einem großen glühenden Stein. Zola und alle bewundern mit stiller Schen alle diese herrlichen. Unter diesen liegt sich eine elegant gekleidete Dame von der Verkäuferin Ringe zeigen. Die beiden Mädchen werfen einen neugierigen Blick hinüber. Die Dame trägt ein enges, weißes Seidenkleid; auf den wasserfesten Händen trägt sie ein kleines, feines Strahlglas. Darunter ist ein weißes Gesicht mit tiefen, feinen Augen und hochrotten Lippen. Die feine hochgehobene Finger greifen nervös hin und her. Unter den vorgelegten Ringen scheint sie nicht den richtigen zu finden. Sie schaut umher, weilt mit dem Blick auf die Glasvase, in welcher der glühende Ring auf dem schwarzen Samtpolster liegt. Neugierig legen Zola und alle zu, wie die Verkäuferin die Vitrine öffnet und den Ring mit dem weißen Stoff heraussnimmt, dann die Vitrine wieder sorgfältig verschließt. Wütend winkt die Verkäuferin einer schwarzgekleideten Dame

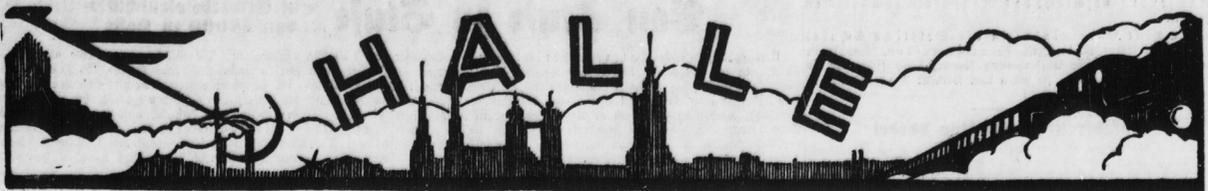
Einbildung und Willenskraft

Ein reicher Mann, der mehrere Personen bei sich bewirtet hatte, machte sich drei Tage nach dem Heimath der Spoh, seine Gäste durch die aus der Luft gegriffene Mitteilung zu erschrecken, sie hätten Regenbraten bei ihm genommen. Darüber entsetzte sich eine junge Dame, die an dem Mahle teilgenommen hatte, so sehr, daß sie an getrockneten Fieber erkrankte und bald darauf starb. So erzählt der berühmte französische Schriftsteller Michel de Montaigne. Von einer Einbildung, die keine bösen Folgen hatte, berichtet der bekannte Arzt Rudolph Halm (1747-1834): Eine Frau bildete sich ein, sie habe mit ihrem Frühstüchtdiebstahl eine Rabel verschluckt. Sie klagte unter Tränen über unerträgliche Schmerzen in der Kehle. Man hielt den alten Steim. Da dieser aber weder eine Gehörswort noch sonst eine Veränderung bemerkte, so kam er auf den Gedanken, es handele sich um eine bloße Einbildung der Frau. Wahrscheinlich — so folgerte er — hatte eine harte Brotkruste beim Nierengehen durch die Kehle der Frau ein stehendes Gefäß verurteilt. Heim gab daher der Leidenden ein Brechmittel ein und warf heimlich in die Waffe, die sie alsobald weg gab, eine getrocknete Rabel. Die Frau, die des festen Glaubens war, sie habe die Rabel ausgebrochen, fühlte sich sofort von ihren Schmerzen befreit. Ein englischer Arzt wollte, wie in Sobernheim's „Gesundheitslehre“ zu lesen ist, bei einem Wanne, der seit langem an Jugenlähmung litt, ein von ihm erfundenes Instrument ausprobieren. Im zunächst die Temperatur der erkrankten Junge festzustellen, steckte er ein kleines Zinkthermometer in den After des Patienten. Der Patient glaubte, der Arzt habe den beständigsten Versuch bereits vorgenommen — er hielt das Thermometer für das neue Heilmittel, — und verließerte wenige Minuten nach Entfernung des Wärmemessers, er könne seine Frage wieder bewegen. Die Gegenwärtiger der Einbildungen Leidenden sind die Willenskräftigen. Ein italienischer Gelehrter wurde im Jahre 1855 in Triest, als dort die Cholera wütete, in der Nacht plötzlich von einem beängstigten Unwohlsein befallen. Anstatt nun zu schwitztreibenden Mitteln oder Opiumpulvern zu greifen, verlor er sich mit aller Kraft seines Willens in die Beküre von Dantes „Göttlicher Komödie“. Nach wenigen Stunden war er von dem Unwohlsein befreit. Im nächsten Tage hat er das Ergebnis dem Richter Robert Hamerling erzählt, und dieser hat es aufgeschrieben.

Kapoleon besuchte während des ägyptischen Feldzuges (1798) des Ägypten die Pyramiden in den Saqqarah. Er tat das, um ein Beispiel zu geben, daß man die Pyramiden überwinden könne, wenn man fähig sei, die Erde zu überwinden. „Ach, nun“ — hatte Goethe einmal zu Goethe gesagt — „aus meinem eigenen Leben ein Faktum erzählen, wo ich bei einem Fallfieber der Entdeckung unermüdlich ausgehört war, und wo ich doch durch einen entzündeten Willen die Krankheit von mir abwehrte. Es ist unglücklich, was in solchen Fällen der moralische Wille vermag. Er durchdringt gleichsam den Körper und setzt ihn in einen aktiven Zustand, der alle schädlichen Einflüsse zurückdrängt. Die Frucht dagegen ist ein Zustand trüger Schwäche und Empfänglichkeit, wo es jedem Feinde leicht wird, von uns Besitz zu nehmen.“ K. O.

Die Chinesen als Erfinder des Giftgases

In dem Bemühen, China als das Mutterland aller menschlichen Zivilisation hinzustellen, kommen die chinesischen Nationalisten auf ganz tolle Einfälle. Einer ihrer Schriftsteller ludt im „China Critic“, der führenden Wochenchrift der japanischen Reformator, den Nachweis zu erbringen, daß die Chinesen die Erfinder der Giftgase gewesen seien. Er stützt diese Theorie auf Sitze aus alten Autoren, nach denen die Heerführer schon im ältesten geschichtlichen Zeitalter feindliche Stellungen mit Giftgasen auszurüsten suchten. Zunächst ist dieses Mittel in China schon seit unendlichen Zeiten im Gebrauch und wird auch heute noch von den Feindpartei angewandt, die solche Lätze auf die Distanzen werfen, um ihre Beklagungen vom Feinde fern zu halten, so zu gewinnen. Sie warten dann ab, bis der Wind die Dämpfe vertrieben hat, um sich kampfsüchtig ihrer Beute zu bemächtigen. — Es ist jedoch schwer einzugehen, warum sich der nur schwache chinesische Nationalismus zu solch großen Auswüchsen verweigert. China hat so viele und so große kulturelle Verdienste um die Menschheit, daß es gar nicht nötig hat, sich der Erfindung eines so fürchterlichen Vernichtungsmittels wie das Giftgas zu rühmen, um seine Vorkämpfer zu überzeugen.



Dienstag, den 27. September

Der Monofelschleier

Der Herrenklub regiert in Deutschland. Die Lebensgewohnheiten der feinen Herren aus dem Berliner Liegenschaftswesen geben den sogenannten guten Ton an in der Republik von 1932. Herr von Papen und Herr von Helldorfer seien das Beispiel.

Unter den Herren aus dem Kreis des Herrenklubs kommt neben der Keitpeißigkeit — besonders das Monofel wieder zu Ehren. Nicht nur, daß es alle die Herren, die mit der „neuen Staatsführung“ sympathisieren, ins Auge fallen, sogar die Damenmode hat sich feiner bemächtigt.

Jede Dame von Welt, jede Dame, die auf sich hält, trägt daher den Monofelschleier! Was das ist, wird mancher nahe Zeitgenosse fragen. Es, ganz einfach! Man kennt doch die niedlichen Hausdamen Schwestern, die jetzt schon die sogenannten eleganten Damen zu den feinen Herren tragen, jene Schwestern, die gerade die Klagen überleben.

Man sieht, es gibt auch jetzt noch lebenswichtige Sorgen! Immerhin empfehlen wir, nicht auf bösem Wege stehen zu bleiben. Zum Monofelschleier gebe man noch jeder „Dame“ eine wertvolle Seite Zeitungslesung. — lix.

Ditler — die letzte Hoffnung des Adels

Im holländischen „Kamp“ veröffentlichten acht Abzüge aus der preussischen Landtagskammer der KDDM einen Aufruf für Adolf Ditler, in dem es heißt, Ditler sei die letzte Hoffnung im Endkampf mit dem dem vorläufigen Sieg so fremden Wäldern des überaus Gleichheitswahns, der Nationalistischen Internationalen und des jüdischen Weltalls.

Da haben wir's: Nur Ditler kann dem Adel seine beherrschende Stellung erhalten. Das ist eine Klar- und jedem verständliche Forderung. Aber auf der nächsten Seite des Nazi-Blattes wird weiter der Scheinakt gegen die „feinen Herren“ und die „Abelschleier“ gefordert.

Generaldirektor Lambertini 50 Jahre alt

Am heutigen Tage begeht Hr.-Ing. Lambertini seinen 50. Geburtstag. Nach dem Studium an der Technischen Hochschule in Danzig und Promotion zum Dr.-Ing. trat Dr. Lambertini zuerst in die Elektrischen-W. vorm. Schüder & Co., Rindberg und Johann als Oberingenieur in das Großkraftwerk Franzen W. Rindberg ein. Nach Beendigung der Kriegszeit wurde er beim Großkraftwerk Franzen W. zum stellvertretenden Direktor ernannt.

12. Oktobertag der SPD. Mittwoch, den 28. September, abends 8 Uhr, im Hotel „Herrschowalle“, Mitgliederversammlung. Genosse Stengel spricht über Konjunktur.

Was ist mit der Weltlichen Schule?

Einige fachmännische Urteile über ihre Leistungen

Es steht nach all den Auslassungen unserer zeitigen Regierenden außer Frage, daß die Offenbarung des Kapitalismus auch die kulturellen Stützpunkte der Arbeiterbewegung überrennen möchte. In erster Linie regnet die Weltliche Schule, der man vorzüglich den Stempel einer „Reinigungsanstalt“ aufdrücken möchte, um sie mit einem gewissen „verfassungsgemäßen Rechte“ an die Wand zu drücken.

Jedem Schüler es freistellt, sich am Religionsunterricht zu beteiligen oder nicht, begünstigen auch der Zerschlagung.

Nun sind in Deutschland sehr wenige Lehrer von vornherein Freunde einer Schule, die sich all dieser Kinder annimmt, welche keinen Religionsunterricht haben. Um so mehr ist auf das Urteil von Lehrkräften zu geben, die an solchen „Sammelstätten“ beschäftigt sind, ohne zu Anfang von eigenem Willen dazu getrieben zu sein.

Die schichtlichen häuslichen Verhältnisse habe ich bei den Kindern der Sammelstätten angetroffen. Von 48 Schülern meiner Klasse verteilen sich die Berufe der Väter folgendermaßen: 17 Väter waren gelernte, 25 ungelernte Arbeiter, 1 Kind war wackerlos.

Die schichtlichen häuslichen Verhältnisse habe ich bei den Kindern der Sammelstätten angetroffen. Von 48 Schülern meiner Klasse verteilen sich die Berufe der Väter folgendermaßen: 17 Väter waren gelernte, 25 ungelernte Arbeiter, 1 Kind war wackerlos. (In der obengenannten Schule waren die Väter der gleichen Klasse bei: ungelernte Arbeiter 5, gelernte 24, einfache Beamte 3, höhere 5.)

festgestellt habe ich auch eine rege Zusammenarbeit des Elternrats mit der Schule. Er leitet Sammlungen ein, die z. B. den Kindern einen handaufheimgemäßenhalt oder eine größere Reise ermöglichen. Bei der Abhaltung von Schulfesten tritt er wirksam in Tätigkeit und hilft zum großen Teile bei der Organisation des Festes mit.

interessantes Zusammenarbeiten von Schule und Elternhaus. Auch die Klassen unter sich helfen einander. So habe ich an 8. Klasse annahm. Gemeinschaftsbildend war hier ein gemeinsames Landshulheimaufenthal gewesen. Von solchem Landshulheimaufenthal habe ich einmal die Aufgabe einiger Mädchen gesehen. Das fand da viel Freude und Wärme hindurch. Ich glaube, daß es den Kindern für ihr ganzes Leben eine wertvolle Zeit gewesen ist, an die sie noch lange zurückdenken werden.

Interessantes Wissen sind es gerade die Weltlichen Schulen, die in Folge und andererseits behauptend für die Idee des handaufheimes geworfen sind, und das trotz der angeführten schweren häuslichen Verhältnisse!

Nicht viel besser steht es um die äußeren Schulverhältnisse. Die Dr.-Schule ist ein alter Bau, der von einer kleinen Landeshulheim annimmt. Er genügt in keiner Weise den Anforderungen, die man an einen neuzeitlichen Schulbau zu stellen hat. Der Schulgarten, den Kindern Gegendarbeit bietend, ist in freier Luft zu betreten, liegt weit von Schule und den meisten Elternhäusern entfernt. Ein eigenes Landshulheim besitzt die Weltliche Schule nicht. Es fahren nur in jedem Jahre einige Klassen an die Dipse oder sie wandern woandershin durch die waldigen Lände. Zudem ist es eine sogenannte „Reinigungsanstalt“, d. h. eine Schule, an der versucht wird, den Unterricht auf eine andere Art als bisher durchzuführen. Er soll nicht gefächert sein, sondern als Ganzes dastehen. Es soll ein bestimmtes Stoffgebiet, z. B. wochenlang ausgiebig behandelt werden, und zwar nach allen Richtungen. Dazu gehört auch die möglichst verständlichste Arbeitsweise der Kinder. Das ist auch sehr überall gelohnt. So beschäftigt mit meine Kollegen die gute, selbständige Arbeit meiner Klasse. In der Pause habe ich das wohl einem Kinde zuzuschreiben, das die unbetretene Führung in der Klasse hatte. Solche Erfahrungen findet man selten in einer Volksschule.

Die Weltliche Schule aber macht es sich zum Grundsatz, sie zu suchen und ihnen Wirkungsmöglichkeiten zu geben! Erfolgreich wird, daß Schule nicht gleich Schule ist. Der aufstrebende Arbeiterklasse wird hier, in den Sammelstätten, nur geschaffen, ihr Können und Jüngend auf zu zeigen, und zwar im bewußt gemeinschaftsbildenden Sinne!

„Darum gehe ich mit Freude und Lust jeden Dienstag zu den Bauwirtschaftlichen Stunden. Obwohl die Arbeit vorher vier wochenlangige Unterrichtsstunden gehabt haben, leisten sie doch in der Bauwirtschaftlichen Werkstatt, da die Klasse gerade und auf Arbeitsstoffe eingeleitet ist.“ — „Mit gleicher Freude betrete ich mich unter dem Lehrkörper. Drei Jahre lang habe ich mit fünf Kollegen allein in den Klassen, die anderwärts als im Hauptgebäude untergebracht waren, gearbeitet. Ich muß sagen, daß mir diese Zeit in unerschöpflicher Erinnerung bleiben wird. Eine Einheit waren wir, und — jetzt gibt es bei mir nicht nur mit Rat, sondern auch mit der Tat zur Seite gefanden.“

Angelichts dieser, durch keine Beeinflussung getrübbten Berichte, muß es Pflicht aller oberwärts der Bewegung für die Weltlichkeit der Schulwesens lebenden Schwestern sein, den schon bestehenden Weltlichen Schulen die mehr Erfahrungen entgegenzubringen, als das bisher leider festzustellen ist. Sie haben nicht die Aufgabe, das Christentum zu bekämpfen, wie die Kirche und die heutigen Macht-haber es gern hinwischen möchten, sondern ihnen ist der Aufstieg von der Elternbewegung, welche hinter ihr steht, geworden, dem eine re-

DIE GROSSE SACHE AM MARKT:

12 Wühltag - Wühlische

Tausende wühlten in unseren Angeboten!
Tausende wühlten weiter und finden billige Ware; weitere Tausende erwarten wir, denn sämtliche Wühlische bringen Tausende neue Ueberraschungen und sensationell billige Angebote

Aus der Imbiß-Ecke

Ein biologisches Brötchen für 0,10

1 Paar Wühlstehen mit Brötchen für 0,10

ALEX MICHEL

Mette a. S. Am Markt

Aus der Imbiß-Ecke

Eine Wühlische Michelplatte reich belegt für 0,25

Eine ganze Pflaumentorte für 0,58

Fried mit der Diktatur des Herrenklubs!

Der Sinn der Wahlen

und die Wünsche einer reaktionären Zeitung

Eine sehr merkwürdige — man könnte fast sagen befallende — Parole für den kommenden Wahlkampf hat die Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erdacht. Sie erklärt es für begründet, wenn in manchen Kreisen eine gewisse Unzufriedenheit herrsche, aber sie glaubt diese Stimmung mit dem folgenden Hinweis bekämpfen zu können: „Wenn man von allen parteipolitischen Schlagworten absteht... dann heißt das deutsche Volk vor der vorliegenden Aufgabe, einen Reichstag von der Art zu wählen, daß er vollst. auch weiterhin ein Reagenz gegen den Reichstag ermöglicht.“

Mit anderen Worten: Das deutsche Volk soll eine Vertretung wählen, die entschlossen ist, ihre Auftraggeber und mit ihnen die Bevölkerung zu verurteilen und zugunsten der Regierung auf die Geltendmachung ihrer Rechte zu verzichten. Das könnte dem Führerindustrialien Organ und den Herren am Papen so passen. Aber die Aufgabe, die hier dem Wähler gestellt

wird, ist in der Tat recht „verzwickelt“. Welcher Partei gibt man eigentlich die Stimme, wenn man das hier aufgestellte Ziel erreichen will? Da es mit der Reichspartei einstimmen nichts geworden ist, gibt es keine Gruppe — nicht einmal die des Herrn Jünger —, die sich zu der Wahl bereit, das Parlament nur deshalb ins Leben zu rufen, damit es die Gelegenheit zum Selbstmord erhält.

Aber trotzdem ist die Anforderung nicht ganz so hoch, wie es sich in ersten Augenblick anfühlt. Der neue Reichstag kann den Befehlen, die ihm drohen, nur begegnen, wenn er sich nicht auf den Boden der Demokratie stellt und von ihm aus entschlossen jeden Angriff gegen die Rechte des Volkes abwehrt. Sogar jedoch in ihm die Parteien eine Mehrheit, die die Diktatur des Herrenklubs nur bekämpfen, weil es nicht ihre eigene Diktatur ist, und die sich in das Mäntelchen der Demokratie und des Parlamentarismus nur hüllen, um in dieser Verkleidung die Wähler über ihre eigenen verfassungsrechtlichen Wünsche in die Irre zu führen — kann es das ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk die Regierung, die ihm das deutsche allgemeine Regierungsorgan gibt, verstanden und befolgt hat.

Vorpiel zur Reichstagswahl

Sozialdemokratischer Wahlsieg — Starter Verlust der Nazis

Magdeburg, 26. September. (Eigenbericht.)

In Koblenz (Kreis Wollmuth) fanden am Sonntag Gemeindevahlen statt. Das Gemeindeparlament war aufgelöst worden, weil fünfzig bürgerliche Vertreter ihre Mandate zur Verfügung gestellt hatten. Die Wahlen brachten der Sozialdemokratie einen fasten Stimmengewinn, während die Nazis eine schwere Niederlage erlitten. Es erhielten: Sozialdemokraten 370 Stimmen (letzte Reichstagswahl 277), Nationalsozialisten 188 (378), Vereinigte Bürgerliste 155 (79).

Fachleute fliegen!

Anfragen bei der Deutschen Welle

Ueber das Schicksal der „Deutschen Welle“ ist nunmehr entschieden; sie bleibt als selbständiger Sender erhalten. Die Zeitung behält weiterhin Professor Schubog als Programmredakteur und stellvertretender Intendant wird ihm der bisherige Abteilungsleiter Dr. Koesler zur Seite gestellt. Als neuer Mann übernimmt die literarische Abteilung ein Herr Pfeister aus Leipzig, dessen streng „christlich-nationale“ Gesinnung ihm als geeigneten Kulturbeamten der Freibrenerregierung erschienen ist.

Ein führender Name ist unter den Männern der Deutschen Welle nicht mehr genannt: Dr. Würzburgers. Wie wir erfahren, haben die gesinnungstüchtigen Scholz und Stapel sich dafür gefordert, daß Dr. Würzburger seine Kündigung beim. Ein Mann, der aus seiner republikanischen Gesinnung niemals ein Schritt gemacht hat, im Rundfunk heute nicht mehr zu suchen. Daß Dr. Würzburger einer der wenigen bedachten Rundfunkfachleute ist, spielt selbstverständlich heute keine Rolle.

Dr. Würzburger ist der Öffentlichkeit vor allem durch seine vorbildlich geleitete „Stunde der Arbeit“ und durch die Gestaltung der Beiräte der Deutschen Welle bekannt. Noch wesentlich aber war seine Tätigkeit im internen Sendebetrieb. Er hat als erster die Bedeutung der Sprechwirkung für jede Rundfunkstation erkannt und, davon ausgehend, die Verpflichtung zu sprachlichen Mikrophonproben für jeden Vortragenden der Deutschen Welle eingeführt. Mit Hilfe von Wochensplattenaufnahmen wurden ihr Stimme- und Vortragsmängel festgestellt und korrigiert; wenn es notwendig war, auch Sprechformen.

Die Arbeiten Dr. Würzburgers, der diese wichtigen Sendeproben leitete, waren bahnbrechend. Auf bergelichen Redaktionshöfen oder Tömmen ist jetzt nicht an; im Rundfunk-Landesbetrieb der Freibrener beweist man seine Eignung am erfolgreichsten durch monarchistisch-militaristische Bekehrnisse und stot auswechselbare Parteibilder.

Schriftliche Vorladung

Der Vorhänger des Überwachungs Ausschusses des Reichstages hat den Reichstanzler, den Reichsinnenminister sowie den Staatssekretär der Reichstanzlei schriftlich aufgefordert, am Dienstag als Zeugen vor dem Ausschuss zu erscheinen. Es heißt, daß die Herren der Aufforderung Folge leisten werden.

Neue Berliner Friedrich-Ebert-Siedlung

Im Norden Berlins wurde am Sonntagmittag eine Siedlung mit 1400 Kleinwohnungen eingeweiht. Sie wurde zu einer besonderen Ehre für den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, da die ganze Wohnungsbau des Mannes trägt. Mit der Einweihung wurde auch ein Gedenkstein für Friedrich Ebert mit einer vergoldeten Platte enthüllt. Die Siedlung wurde von der Baugesellschaft „Eintracht“ errichtet.

Streikbewegung in Langenbielau

Die Streikbewegung in der Langenbielauer Textilindustrie hält an. Gegenwärtig befinden sich rund 630 Mann im Ausstand. Die Firma Fiedler, die einen Lohnabzug von 20 Proz. für die 40. Woche fordert, hat die Streikbewegung durch Auszahlung der kritischen Unterzahlung aller über Montag hinaus im Streik verharrenden Arbeiter angeknüpft. Die Besetzung ist beschließend einmütig, die Arbeiter nur zu den alten Lohnsätzen wieder aufzunehmen.

Blaue Faschisten

Der Wahlkampf, der für die nächsten Tage beginnt, hat begonnen. Wichtig ist, die Ereignisse der letzten Wochen an die Wähler heranzubringen, sie aufzuklären über die schwandende Stellung der Nationalsozialisten, über ihren Verfall an den Arbeiterinteressen. „Das Freie Wort“ Nr. 89 bringt in einem Artikel des Genossen Albert Winter-Mändchen interessantes Material über die politische Entwicklung und seine Wandlungen seit der Zeit des Münchener Putschs 1922 bis jetzt. — Genosse Ernst Böbe-Hamburg schreibt über die „Blauen Faschisten“. Er bezieht eingehend die Zusammenlegung des Herrenklubs und sein Wüten und unterzieht besonders die Zeitströme, die für die Ideen des Herrenklubs werden, einer kritischen Unterlegung. Aber nicht nur gegen Papen und Herrenklub und die Nationalsozialisten bringt „Das Freie Wort“ wichtiges Material, sondern auch gegen die Kommunisten, die in jeder Situation des Kampfes den Sozialdemokraten in den Rücken gefallen sind. Genosse J. v. Halle weist an Hand eines Artikels in der „Internationale“, der scheinbarlichen Zeitströme der SPD, die Unnachhaltigkeit der kommunistischen Agitation gegen die Partei nach. — Ein zweiter Beitrag gliedert sehr interessante Parallelen zwischen dem Verhalten der kommunistischen Minister in Sachsen 1923 und den Ereignissen des 20. Juli.

Es bringt „Das Freie Wort“ eine Fülle von Material, das allen Genossen wichtige Dienste im Kampf zu leisten vermag. „Das Freie Wort“ erscheint wöchentlich und kostet, durch die Post bezogen, 1 Pf. pro Monat. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Buchhandlung zu beziehen. Einzelhefte werden gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. „Das Freie Wort“ sei unseren Lesern wärmstens empfohlen.

Die Aufforderung zum Mord

Fried fühlt sich beleidigt. — Aber das Nazi-Wort bleibt bestehen

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich Montag morgen der technische Leiter der Werbeabteilung der Partei, Genosse Friedrich Heine, wegen „übler Nachrede“, die er gegen den früheren nationalsozialistischen Ministerpräsidenten in Würzburgen Dr. Fried geführt haben sollte, zu verantworten. Heine hatte auf Grund des § 186 des StGB und der Notverordnung über besonderen Ehrenschutz von im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten einen Strafbefehl in Höhe von drei Monaten Gefängnis erhalten. Die Beleidigung wurde erklart in einer Dr. Fried zugeschriebenen Meißnerung: „Die Nacht nach dem Siege gehört euch, SA-Leute, sie wird die Nacht der langen Messer sein.“ Dieser Auspruch stand an der Spitze einer von der Werbeabteilung herausgegebenen Broschüre.

Fried betraute, diesen Auspruch im befohlenen Wandtagswahlkampf gemacht zu haben. Gegen den Strafbefehl hatte Heine Einspruch erhoben. In der heutigen Verhandlung des Genossen Heine, im guten Glauben gehen zu sein, da der infirmierte Auspruch sich vollkommen mit zahlreichen anderen Ausprüchen deckt, die Joseph von Dr. Fried als auch von anderen herausragenden Führern der NSDAP, gemacht worden sind. Heine erklärte, er habe sich allerdings jetzt überzeugt, daß der Auspruch von den langen Messern nicht von Fried, sondern von Dr. Beers stammt.

Staatsanwaltstaatsrat Dr. Mittelbach bestand auf der Bestrafung; er sprach dem Angeklagten den guten Glauben ab. Rechtsanwalt Dr. Reumann bestritt dagegen den Tatbestand des § 186 (üble Nachrede) und der Notverordnung. Nach der Notverordnung liegt eine Beleidigung von Persönlichkeiten, die im

öffentlichen Leben stehen, nur dann vor, wenn die von ihnen aufgestellte Behauptung geeignet ist, sie des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen sie bei ihrer öffentlichen Tätigkeit bedürfen. In diesem Falle ist aber Dr. Fried eine Neuerung zugelassen worden, die zwar nicht von ihm, sondern von dem Redakteur des „Angriff“, Beers, stammt, die aber ebenfalls Fried selbst hätte machen können. Fried habe doch wiederholt davon gesprochen, daß nach dem Siege Feindhaufen von marxistischen Funktionären zu Schaden kommen würden. Er habe im Reichstag auch gesagt, „an den Galgen mit den Verbrechern, die uns zehn Jahre misregiert haben“. Dieser Auspruch hat bei den Reichstagsabgeordneten ein begeistertes „Bravo!“ hervorgerufen.

Das Gericht beließ es trotz dieser Beweisaufklärung bei den drei Monaten Gefängnis, von der der Rotenregierung vorgezogenen Mindeststrafe. Dem Angeklagten wurde aber eine Remission zugesprochen, die gegenwärtig gegen Zahlung einer Höhe von 200 M. sehr interessant ist die Urteilsschuldung. Es heißt das: Eine Neuerung, wie sie in der Broschüre dem Dr. Fried zugeschrieben wird, ist selbstverständlich geeignet, in den Augen aller vernünftigen Denker Staatsbürger eine Verächtlichkeit des öffentlichen Lebens herabzuwürdigen. Solche Erklärung erscheint ganz ungeheuerlich. Sie enthält eine direkte Aufforderung zum Mord.

Das Gericht befähigt auch, die Neuerung des Nationalsozialisten Dr. Beers eine direkte Aufforderung zum Mord darstellt. Man hat noch nichts davon gehört, daß die Staatsanwaltschaft in diesem Falle eingegriffen wäre.

Reichel antwortet Schäffer

Schäffer Kampf dem Lohnabbau trotz Rotenverordnung

Selbstentzogen, 26. September. (Eigenbericht.)

Auf einer Konferenz der Funktionäre des DND, aus dem Ruhrgebiet sprach der Vorsitzende des Verbandes, Reichel, über die letzte Rotenverordnung vom 5. September. Der Redner führte u. a. aus: Man könne dem wirtschaftlichen Teil der Rotenverordnung die Anerkennung einer gewissen Großzügigkeit nicht absprechen. Dem sozialpolitischen Teil aber gelte der Schäffer'sche Abwehrkampf der Gewerkschaften. Der Eingriff in das Tarifrecht, wie er durch § 1 vorgehien sei, müsse an allen geeigneten Stellen, wie es bisher schon mehrmals geschehen ist, durch entsprechende Maßnahmen, auch durch den Streik abgewehrt werden. Die Frage, ob damit eine Verletzung der Arbeitspflicht gegeben sei, müsse folgen verneint werden, als die Arbeitsgerichte sich damit nicht befassen. Noch gefährlicher als § 1 sei der § 7 über die „Anforderungen“ betriebl. Die Arbeitsgeber, die sich hoch über für notwendig hielten, durch Kündigung der Tarife eine neue Lohnabnahme zu erreichen. Hier gelte es das äußerste für die Vermeidung des Tarifwidertuns einzusetzen und lieber einen tariflosen Zustand zu ertragen, als Tarife abzuschließen, die einen neuen Lohnabbau darstellten und deren Unabänderbarkeit nicht hinterfragt sei. Schon jetzt lägen Tarifverhandlungen für 84 000 Metallarbeiter vor.

Reichel schloß mit der Hoffnung, daß das sozialdemokratische Volksbegehren gegen den sozialpolitischen Teil der Rotenverordnung und die Reichstagswahlen einen Erfolg im Sinne der Demokratie bringen würden.

Der Streik der 150 000

Sachsen 26. September. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch nahmen die 150 000 streikenden Arbeiter der englischen Baumwollwebereien die Arbeit wieder auf. Die Streikenden von Wetzlar mußten noch den Vereinbarungen zwischen Arbeitsgebern und Gewerkschaften innerhalb der nächsten zwei Monate ebenfalls wieder eingestuft werden.

Sprengstoff und Munition entdeckt

Ein Lager in der Oberlausitz

Breslau, 26. September. (Eigenbericht.)

In den vergangenen Tagen wurde von den Beamten der Landesstrafvollzugsanstalt in Breslau in den Wäldern bei Petershain (Oberlausitz) ein Sprengstoff- und Munitionslager entdeckt.

Der Fund stellt, wie die Pressestelle des Breslauer Polizeipräsidenten mitteilt, in engem Zusammenhang mit dem feinerzeit gemeldeten Sprengstofffund im Herbst vergangenen Jahres. Bei den neuen Funden handelt es sich um vier große Metallkannen, von denen drei insgesamt 500 Pfundungen Kampferin enthalten, während die vierte mit Sulfantrien, Gas- und Nitroammunition gefüllt war. Der Sprengstoff stammt zum größten Teil von einem Überbruch in die Größlich-Sippische Steinbruderverwaltung in See. Als einer der Haupttäter kommt der wegen Gefährdung des SA-Mannes Seliger (siehe des Landgerichts Scholz Bericht seit einiger Zeit) festbeschuldig gefundene Stellmacher Barthel aus Petersheim in Frage, auf dessen Ergreifung eine hohe Belohnung ausgesetzt ist.

Jorns wieder im Amt!

Ein Reichsgerichtsrat Papens

Reichsanwalt Jorns ist wieder im Amt! Er war der Untersuchungsrichter im Prozeß gegen die Mörder Art Diebstahls und Rosa Luxemburgs. Er ist in dem Beleidigungsprozeß, in dem der verlorne Reichsanwalt und sozialdemokratische Abg. Paul Levi Jorns zum Angeklagten verurteilt, besonders bekannt geworden. Jorns mußte vom Amt beurlaubt werden, da er als Richter unbenutzbar geworden war. Das System Papen hat ihn wieder eingesetzt. Nach zwei Jahren ist er am Freitag zum ersten Male in der roten Kade bei einer Reichsgerichtsverhandlung aufgetreten. Das Kesselgericht hat einen Kurs und seine Justiz.

Naziregierung gegen Beamtenvertreter

Das Oldenburger Paradies

Sachsen, 26. September. (Eigenbericht.)

Im Lande Oldenburg haben einzelne Gemeinden den Behörden seit mehreren Monaten keine Schalter mehr gehabt, da sie nicht hin. Als der Reichspräsident des Oldenburger Behördenvereins vor einigen Tagen dem Oldenburger Ministerium die Sorgen und Wünsche der Belehrteten vortragen wollte, ließ ihm der Naziminister mitteilen, daß er den Vorhänger des Landesreferendums nicht empfangen könne.

Auf die schriftliche Vorstellung antwortete das Ministerium, daß die nationalsozialistische Regierung es ablehne, die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und der ihm angeschlossenen „Verbände zu empfangen“.

Bei dieser Antwort ist besonders beachtenswert, daß das Ministerium nicht von einer Landesregierung, sondern von der Naziregierung spricht. Dieser Naziregierung kommt es auf das durch die Befehlsgeschichte bereitgestellte nicht an. Sie ist fast glatt darüber hinweg. Wenn man bedenkt, daß gerade in gewissen Beamtenkreisen die Nazifrage mit besonderer Sorgfalt gestellt und gepflegt worden ist, dann darf schon gesagt werden, daß sich die Beamten selbst eine Rute gebunden haben, mit der sie die schärfsten Strafen erhalten.

Zusammenstoße in Köln

Köln, 26. September. (Eigenbericht.)

In Köln-Kalt wurde am Sonntagvormittag ein Polizeibeamter, als er einen bestimmten Umgang bei Romanen aufsuchte, mit einem Mann, einem Arbeiter, in einen Streit verwickelt. Aus der Menge fielen auch Schüsse. Bei der Rückkehr der Straße liefste die Menge überhand, so daß die Polizei schließlich von der Schwärze Gebrauch machen mußte. Später wurde bei der Durchsuchung eines Hauses ein 37jähriger Mann mit einem Bedenschuß aufgefunden. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er bald gestorben ist. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt, wozu sich Personen, meist von auswärts, wurden festgenommen.

Am Freitagspils in Köln kam es am Nachmittag zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Am Verlauf der Auseinandersetzungen wurden die Schreiben der nationalsozialistischen Parteiführer eingeschlagen. Ein Nationalsozialist wurde verletzt. Die Täter konnten nicht gefasst werden. Eine vorher bereitete Kundgebung des Antifaschistischen Kampfbundes wurde nachträglich für Sonntagabend genehmigt. Es verlief ohne jeden Zwischenfall, dagegen mußte die Polizei noch mehrmals Umzüge, die sich vor und nach der Kundgebung bildeten, auflösen.

